

Der Volksstaat

Abonnementspreis für ganz Deutschland 16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Erzst. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Peter Haf, S. W. Corner Third and coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Ngr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Ngr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

101.

Sonntag, 30. August.

1874.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat September zu 5 1/2 Silbergroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 6 Ngr. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller, in die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld, u. u. bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Sonnwitz u. bei Teubert, Bornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Blagwitz und Lindenau bei Hr. Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei O. Penkert, Hauptstr. 19.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelauer 6b, 4 Treppen; — Kubenow, Brunnenstraße 34 im Laden; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61. Krause, Honskirchplatz 2, 3 Tr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten

Bourgeoise und Arbeiter.

„Diese Soldaten und dieses Volk“ — es ist die Rede vom Pariser Kampf des 10. August 1792, dem Tage der tatsächlichen Thronbesteigung Ludwigs XVI. — sie hatten nicht aus Ehrgeiz, noch weniger aus Raubsucht gekämpft. Sie lehrten mit leeren Händen, mit müden Armen in ihre Werkstätten zurück. Arbeiter der Freiheit, hatten sie ihr einen Tag gewidmet. Sie kämpften für sie, ohne sie zu verstehen; gleichzeitig gegen das Schicksal der Gewalt, gegen die Frage über Monarchie und Republik; unfähig, den Begriff der Worte anzugeben, für welche sie starben, und gleichsam durch eine gottentflammte Ahnung dessen getrieben, was sie für die Menschheit eroberten. Die Bourgeoise kämpfte für sich selbst, das Volk für die Ideen. Seltsam, aber wahr, in der Bourgeoise war mehr Einsicht, im Volke mehr Ideal. Die Schattierung zwischen diesen beiden Klassen hatte sich durch ihre Haltung während des Tages zu sehr charakterisiert. Die Nationalgarde, die aus der Bourgeoise, der Partei Lafayette's, der Girondisten, Pétion's bestand, hatte weder zu hindern, noch zu fördern, weder anzugreifen, noch zu verteidigen verstanden. Auf der einen Seite (aus Angst) den Sieg des Volkes, auf der andern (aus Neid) den Triumph des Hofes und der Aristokratie fürchtend, hatte sie nur für sich selbst Partei genommen. Mit Mühe zusammengebracht, in ihren Bewegungen unentschieden, ihre Initiative der Republik, ihre Unterstützung dem Könige versagend, war sie gewissermaßen in Arm zwischen dem Schlosse und den Vorstädten geblieben, ohne dem Stöße zuvorzukommen, ohne den Sieg zu entscheiden; dann feig auf die Seite des Siegers übergehend, hatte sie nur auf die Flüchtlinge geschossen. „Jetzt lehrte sie gedehnt und bestirzt in ihre Löben und Comtoirs zurück. Sie hatte mit Recht den Vorrang vor dem Volke verloren. Sie sollte nur noch die Parade der Revolution sein, die den Befehl hatte, all ihren Allen, all ihren Hefen, all ihren Verbänden anzumohnen; eine lebendige und eitle Feste, all ihren Verbänden anzumohnen; eine lebendige und eitle Feste, all ihren Verbänden anzumohnen; eine lebendige und eitle Feste, all ihren Verbänden anzumohnen.“

So schiedert Bourgeoise und Arbeiter einer der eigenstimmigsten Fürsprecher des Geldbürgertums, Herr von Lamartine im dritten Bande seiner „Geschichte der Girondisten“ (Stuttgarter Uebersetzung, Seite 192). Er denunziert damit, ohne es eigentlich zu wollen, die ganze politische und moralische Unfähigkeit seiner eigenen Klasse. Ich sage „ohne es eigentlich zu wollen“, denn Lamartine war viel zu sehr Galan der Phrase, um ein Ritter der Logik sein zu können. Wenn es gestattet wäre, in der ihm eigenen Sprache zu reden, könnte man sagen: Er küßte die Wahrheit, aber er sog keine Gluth der Leidenschaft ein; er schaute ihr ins Angesicht, aber ihre Feuerblicke verzehrten ihn nicht. — A. H.

Politische Uebersicht.

Ein Bombardier par excellence. Die „Republique française“, das Organ Gambetta's bringt genaue Berichte über den angeblichen „Humanitäts-Congress“ in Brüssel. Wir finden darin folgende hochinteressante Mittheilung:

„Sitzung vom 31. Juli. Baron Jomini legt einen amenablen und vermittelnden Entwurf vor, der als Grundlage für die weiteren Verhandlungen gewählt wird. Man beschäftigt sich mit Kapitel 4 des ersten Abschnitts: „Von den Belagerungen und Beschießungen“. Der Ausschuss nimmt folgende Grundsätze an: Eine offene, weder von Truppen noch von den Einwohnern verteidigte Stadt, darf weder angegriffen noch beschossen werden; vor dem Bombardement muß der Belagerer Alles thun, was in seinen Kräften steht, um die Behörden zu avisiren; Kirchen, Kunstschmaler, wissenschaftliche und milde Anstalten müssen nach Möglichkeit gespart werden. Baron Lambertmont (Belgien) theilt eine von den Einwohnern von Antwerpen an die belgische Regierung gerichtete Petition mit. Darin wird das Bedauern ausgesprochen, daß es nach dem Entwurf gestattet sein soll, bei der Beschleßung von Festungen auch Privatgebäude, die von harmlosen Bürgern bewohnt werden, in Mitleidenhaft zu ziehen; die Petenten halten es im Interesse der Menschlichkeit für wünschenswert, dies ausdrücklich zu verbieten. Belgien empfiehlt dem Congresse diese Petition. Herr von Lauberge (Niederlande) schließt sich dem Vorredner an. General von Voigts-Rheeg (Deutschland) erklärt zum Protokoll: Da das Bombardement eines der wirksamsten Mittel ist, den Zweck

des Krieges zu erreichen, so hält es die deutsche Regierung für unmöglich, den Wünschen der Bittsteller von Antwerpen zu willfahren.“

Offen gestanden, diesem Herrn von Voigts-Rheeg sind wir zu Dankbarkeit verpflichtet. Nachdem er schon bei der Militär-Gesetz-Debatte im Reichstage erklärt, daß das deutsche Reich „nur mit Siegen rechnen“ dürfe, also bei der ersten verlorenen Schlacht zusammenbrechen werde, theilt er uns hier noch mit, daß das Bombardement ebenfalls eine der „sittlichen Grundlagen“ ist, auf welcher das „Reich der frommen Sitte“ steht und ohne welche es nicht bestehen kann! Unsern schönsten Dank, Herr General! Wir sehen nun ziemlich klar in die Zukunft! Aber die Pariser Commune dürfen Sie nun nicht beschimpfen wegen ihrer Haltung bei ihrer Vertheidigung! Werken Sie sich das, falls Sie etwa einmal bei „gehobener Stimmung“ derartige Anwandlungen bekommen sollten!

— Zweihundvierzig Arbeiter sind in der letzten Zeit in Paris Hungers gestorben! So meldet der „Kappel“, ein bürgerlich-republikanisches Blatt. Diese Thatfache allein rechtfertigt aufs Glänzendste die so schwächlich erwordene Pariser Commune. Unter der Commune hat Niemand gehungert. Die Commune verschaffte Allen Arbeit und Brod. Das Banditenthum, das sich berufen fühlte, die Gesellschaft zu „reiten“, ist unfähig, das Proletariat vor dem Hungertode zu schützen, selbst wenn es den guten Willen dazu hätte. Und zweihundvierzig Arbeiter sind verhungert, ohne daß ein Bourgeoisblatt zu behaupten wagt, sie seien unfähig zur Arbeit gewesen oder hätten nicht arbeiten wollen! Rechnet man dazu die ungeheure, erschreckende Menge von Selbstmorden, die in Paris ausgeführt werden, weil die Unglücklichen, denen das Leben zur Last geworden, sich trotz des besten Willens, zu arbeiten, nicht vor dem Hunger schützen können, so begreift man erst, welches furchtbare Verbrechen die Niederwerfung der Commune war. Wie lange wird's dauern, bis die Pariser Arbeiter, gleich den Hoyer Seidenwebern, wieder zu der Ueberzeugung getrieben sind, daß ihnen nur zwei Auswege bleiben: „Vivro en travaillant ou mourir en combattant“? (Arbeiten leben oder kämpfen sterben!) Bis die vielgeschwätzte Commune wieder zu Ehren gelangt? Allzulange jedenfalls nicht! Dann mag man enten, was man gefäß.

— „Volkswirtschaft“. Zu Grefeld tagte vor Kurzem ein sogenannter volkswirtschaftlicher Congress, wo Eras, Lammer und andere „Volkswirthe“ die üblichen Reden hielten. Der Vorsitzende dieses Congresses war Niemand Anderes, als „unser Braun“, der siebenfache Gründer. Damit ist dieser Congress schon genugsam charakterisirt. Um übrigens anschaulich zu machen, wie diese „Volkswirthe“ praktisch die „Volkswirtschaft“ betreiben, entnehmen wir der Hamburger „Reform“ nachstehendes hübsche „volkswirtschaftliche“ Bildchen:

„Cuxhavener Eisenbahn- und Hafengebäudegesellschaft. Der neue See- und Handelshafen Cuxhafen gewährt in seinem jetzigen Zustande ein abschreckendes Bild der Gründer-epoche. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir dieser Aktiengesellschaft und ihrer Schwester, der Immobilien-Gesellschaft in Cuxhafen, nicht das geringste Vertrauen schenken, und der Hamburger Senat hätte sich ein trauriges Zeugniß ausgestellt, wenn derselbe die verlangte Unterstützung von jährlich 60,000 Thlr. Zuschuß auf 20 Jahre hin bewilligt hätte. Dies ist wenigstens nicht geschehen, denn dieser Zuschuß würde heute wahrscheinlich die einzige sichere Quelle bieten, aus welcher die Arbeiter bezahlt werden könnten. Vergebens fragt man heute nach dem Anzeichen des großartigen Interesses, welches angeblich der englische Handelsplan an dem Unternehmen haben sollte, vergebens nach den versprochenen kolossalen Ertragsbemessungen, die s. Z. zur Ausbaggerung der Zudeersee bei Holland benutzt wurden. Die Zahl der in Cuxhafen beschäftigten Arbeiter beträgt zur Zeit nicht über 250 Mann, von denen noch ein erheblicher Theil zur Ziegelfabrikation verwendet wird. Wenn 2—3000 Mann auf dem Plage wären, da hätte die Sache einen Sinn.“

Das „Leipziger Tageblatt“, welches dieses „abschreckende Bild“ ahnungslos seinen Lesern vorführt, weiß natürlich nicht, daß „unser Braun“, der Vorsitzende des erwähnten volkswirtschaftlichen Congresses, einer der Hauptgründer dieses schwindelhaften „Unternehmens“ ist, der sein Reichstags- und Landtagsmandat benutzt hat, um damit für das Unternehmen zu bauernfängern. Wie Viele mögen wohl „reingefallen“ sein!

Man erwäge noch die Unverschämtheit, für ein solches „Unternehmen“ vom Senat zu Hamburg jährlich 60,000 Thaler zu verlangen — zu verlangen, daß die Steuern der Hamburger Bürger und Arbeiter für den Cuxhavener Schwindel verpulvert werden sollten, um „unserm Braun“ und andern Gründern die weiten Taschen zu füllen, und man hat ein prächtiges Bild der auf dem Grefelder Congresse verhandelten „volkswirtschaftlichen Ideen“.

— Deutsche Gerechtigkeit. Die Chemnitzer „Freie Presse“ vom 18. d. schreibt:

„Der ehemalige Director der in Concurß verfallenen Pienauer Bank, Moritz Bretschneider, ist am Freitag Nachmittag aus seiner Untersuchungshaft auf Handgeldbühn entlassen worden. Dem des großen und bedeutenden Betrugs dringend verdächtigen Gründer wurde also Das-gewährt, was man einem Abgeordneten des deutschen Volkes, dem Schriftsteller Most, verweigert. Darnach kann sich Jeder ein Bild machen von dem eigentlichen Wesen des „Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte“.

Ja, warum ist Most auch so dumm gewesen, statt selbst lange Finger zu machen, den vornehmen Langfingeren auf die Finger zu klopfen!

— In dem Prozeß gegen Gustav Rasch wegen des Buchs: „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ ist seitens des Braunschweiger Gerichts die zugeeignete Vernehmung des Reichstags-Mitglieds Fürsten Bismarck über seine Aeußerung zu der elsässischen Deputation: „Betrachten Sie sich als eine Republik, die sich selbst regiert“, der elsässischen Abgeordneten Leutsch, Guerber und Lauth, sowie einer Reihe bekannter Persönlichkeiten in Straßburg und Metz, wie der Herren Soguel, Carré, Lichtenberger, Béchoutre, des Reichstagsabgeordneten Sonnemann und des Reisegefährten des Verfassers, Dürand in Stuttgart, über die politischen und administrativen Zustände in Elsaß und Lothringen, endlich des Landtagsabgeordneten Eugen Richter über die dortige öffentliche Presse beschlossen worden. Die Elsaßler werden nun also Gelegenheit haben, sich öffentlich über ihre heimathlichen Zustände auszusprechen. Auch die zugeeignete Vernehmung des Herzogs Friedrich von Angulenburg-Schleswig-Holstein über die ihm seitens des Königs von Preußen im Jahre 1864 gemachten Versprechungen ist wegen der dem Angeklagten zur Last gelegten Majestätsbeleidigung angeordnet. Da Hr. Bismarck unter so bewandten Umständen in eine fatale Klemme gerathen könnte, so wird wohl dafür gesorgt werden, daß der ganze Prozeß sachte einschläft. Natürlich unbeschadet der „Unabhängigkeit des Richterstands“.

Berichtigung.

Aus einer Aeußerung der Sympathie für die Kämpfer von Carthagena gegenüber Caselar will der Hamburger „Sozialdemokrat“, das Organ der Bräuer'schen Fraction, den Beweis schöpfen, daß wir für die föderalistische Bewegung in Spanien eingetreten seien. Kommt es dem „Sozialdemokrat“ darauf an, die Wahrheit zu konstatiren, so möge er die Nr. 72 des „Volksstaat“ vom 15. August des Jahres 1873 zur Hand nehmen und folgenden Passus unserer politischen Uebersicht abdrucken:

„Alle bedeutenderen Städte, in denen die spanischen Föderalisten sich des Ruders bemächtigt hatten, sind eine nach der anderen, mit Ausnahme von Carthagena, das allein sich noch behauptet, den Truppen der Regierung erlegen. Daß auch Carthagena in seiner Vereinzelung nicht auf die Dauer widerstehen kann, liegt auf der Hand; und so wäre denn abermals der Beweis geliefert, daß das sogenannte föderalistische Prinzip in Zeiten der Revolution, welche die Zusammensetzung der Kräfte erheischen, ein Irrelicht ist, welches den, der dumm genug ist ihm nachzulaufen, unfehlbar in den Sumpf führt. Wir hoffen: an den spanischen Arbeitern, die zwar bei den jüngsten Aufständen nicht maßgebend theilhaftig waren, aber sich doch stark von den föderalistischen Trugphrasen haben beeinflussen lassen, wird die Lehre nicht verloren sein. — Daß in Spanien die konservativen Republikaner gegen die Radikal-Republikaner mehr Energie entwickelt haben, als gegen die reaktionären Carlisten, ist beiläufig eben so sehr in der Natur der Dinge begründet, wie das die konservativen Republikaner durch ihre counter-revolutionären Vorgehen auf Seiten der bewußten Reaktion gedrängt werden. Die Geschichte der französischen Revolution beweist dies auf das Klartest.“

Wir dächten, das wäre deutlich.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Protokoll der in Halle a/S. am 16., 17. und 18. August d. J. abgehaltenen Generalversammlung.

Berlin, 25. August. Die Delegirten zur Generalversammlung wurden am 16. d. M., Morgens 9 Uhr, im Gasthof Schiergott zu Halle a/S. von dem dortigen Bevollmächtigten Beyer Namens der Halle'schen Mitglieder in einer kurzen Ansprache bewillkommt. Reimann dankt als Alterspräsident Namens der Delegirten den Halle'schen Mitgliedern für den freundlichen Empfang, begrüßt gleichfalls die anwesenden Delegirten unter Hinweis auf die Wichtigkeit der diesjährigen Generalversammlung, und ersucht die Delegirten, sich jeder Wiederholung bereits ausgeführter Gründe, wenn irgend möglich zu enthalten, da die kurze Zeit und die Wichtigkeit der vorliegenden Anträge dies unbedingt nöthig machen. Reimann, als Vorsitzender vorgeschlagen, bittet, ihn von jedem Amt zu suspendiren, sowohl wegen seines Gesundheitszustandes als auch wegen verschiedener durch ihn zu vertretender Anträge. Hierauf werden Wendt (Berlin) als erster, Kierks (Gießen) als zweiter Vorsitzender, Beyer (Halle) und Witt (Leipzig) als Schriftführer gewählt. Zur Führung des Protokolls wird College Meßner (von der Halle'schen Mitgliedschaft) durch Beyer vorgeschlagen und übernimmt derselbe bereitwillig dies Amt. — Nachdem das Bureau konstituir, werden Hagen (Bayreuth), Fischer (Braunschweig), Nied (München), Regensburg, Landshut) zur Prüfung der Mandate und zur Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung, und Hertel (Nürnberg), Zimmer (Elberfeld-Barmen) und Witt zur Prüfung der Belege, Bücher und Kasse gewählt. Hierauf wurden zwei Schreiben an die Controlcommission resp. Generalversammlung vorgelesen; sie betreffen 1) die Beschwerde eines Berliner Mitglieds wegen seines Ausschlusses aus dem Verein durch den Ausschuß, und 2) eine den Bayreuther Striße betreffende Anfrage. Die erste Angelegenheit wird nach Verlesung der betreffenden Schriftstücke und nach längerer Discussion, in welcher das Für und Wider gründlich erwägt werden, dadurch erledigt, daß mit allen gegen eine Stimme (Einer enthielt sich der Abstimmung) die Ausschließung des Betreffenden aus Grund des § 6 des Gewerkschaftsstatuts als vollständig gerechtfertigt erklärt wird. Hertel und Nied werden mit Abfassung des Bescheides an den Betreffenden beauftragt. Die Angelegenheit ad 2) wird der Rechnungs-

prüfungscommission zur Durchsicht und Berichterstattung übergeben. Hierauf wird die Sitzung Mittags 2 Uhr bis Montag früh 8 Uhr vertagt, um den Commissionen Zeit zur Erledigung ihrer Aufgabe zu lassen.

Montag, den 17., Morgens 8 Uhr, wird die Versammlung durch Wendt eröffnet. Der Bericht der Mandatprüfungscommission ergibt, daß 19 Städte durch 16 Delegirte (incl. der eingesandten Mandate) vertreten sind, und zwar Augsburg durch Schering, Bamern-Elberfeld durch Zimmer, Bayreuth durch Hagen, Berlin durch Wendt, Braunschweig durch Fischer, Chemnitz durch Schöffel, Erfurt durch Marcus aus Halle, Gießen durch Kierks, Schwäbisch Gmünd durch Krumme aus Braunschweig, Gotha durch Hennig, Halle durch Beyer, Leipzig durch Witt, München, Landshut und Regensburg durch Ried aus München, Nürnberg durch Hertel, Pforzheim durch Reimann aus Berlin, und Wiesbaden durch Barbehenn. Sämmtliche Mandate werden für gültig erklärt. Hierauf wird der von Hertel und Ried verfaßte, an das ausgeschlossene Berliner Mitglied zu sendende Bescheid verlesen und genehmigt, sowie die sofortige Absendung beschlossen. Da die Commission zur Prüfung der Bücher, Belege und Kasse mit ihrer Arbeit noch nicht fertig ist, wird die Sitzung bis 2 Uhr Nachmittags vertagt.

Am 2 Uhr Nachmittags erfolgt die Eröffnung der Sitzung durch Wendt. Es folgt zuerst der Bericht der Commission für Prüfung der Bücher, Belege und Kasse und wird durch denselben festgestellt, daß der Ausschuss, ohne vorherige Rücksprache mit der Controlcommission zu nehmen, eine statutarisch nicht berechtigte Ausgabe gemacht hat. In Anbetracht des guten Zwecks und weil der Ausschuss sich dazu berechtigt wähnte, beschließt die Versammlung, für diesmal dem Ausschuss Indemnität zu ertheilen, erklärt jedoch ausdrücklich, hierdurch keinen Präcedenzfall schaffen zu wollen und beschließt ferner, daß in Zukunft jede nicht statutarisch gerechtfertigte Ausgabe durch den Ausschuss von letzterem zurückgestellt werden muß. Nach Erledigung einiger Monita wird dem Hauptkassirer Decharge ertheilt. Hierauf wird die Generaldiskussion über die gestellten Anträge eröffnet. Nachdem in längerer Debatte für und wider die gestellten Anträge gesprochen worden und sich dadurch im Allgemeinen die Ansichten geklärt hatten, ward zur Spezialdiskussion über die einzelnen Anträge in der von der Commission festgestellten Reihenfolge geschritten. An den nun folgenden Debatten über die einzelnen Anträge beteiligten sich alle Delegirten sehr lebhaft. Ein Antrag auf Beitritt der Gewerkschaft zur Union wird als noch verfrüht, weil in erster Linie Kräftigung der Gewerkschaft am nötigsten ist, und unter Hinweis auf die materiellen Opfer, welche der Union gebracht werden müßten, abgelehnt. Ebenso die Gründung eines Verbandes der verschiedenen Schneidervereine. Der darauf bezügliche Antrag: „Die Generalversammlung des allgemeinen deutschen Schneidervereins erklärt die Gründung eines Verbandes sämmtlicher Schneidervereine Deutschlands wegen zu geringer Nachfrage nach den Statuten als zur Zeit nicht rathsam, beschließt deshalb, sich einem etwa zu gründenden Verband vorläufig nicht anzuschließen und erklärt die damit betraute Commission ihrer Aufgabe für entbunden, ermächtigt jedoch dieselbe, etwaigen darauf bezüglichen Anfragen durch Einsetzung der zu. Statuten gegen Erstattung des Kostenbetrages zu genügen,“ wird angenommen. In Betreff der festen Befoldung des Geschäftsführers geht folgender Antrag ein und wird ebenfalls angenommen: „Die Generalversammlung anerkennt, daß der Antrag Münchens, „der Geschäftsführer soll einen fixen Gehalt in der Höhe beziehen, das er vor Vorforderung gestrichelt ist und sich seiner Aufgabe rücksichtslos hingeben kann,“ principiell richtig ist, erklärt jedoch, aus finanziellen Gründen auf den Antrag nicht eingehen zu können.“ Ein anderer Antrag, „die Fixirung der Remuneration des Geschäftsführers wie bisher der Generalversammlung zu überlassen,“ mit dem Zusatz, daß Ausschuss und Controlcommission ermächtigt werden, event. dem Geschäftsführer nach Ermessen eine Abschlagszahlung zu bewilligen, wird gleichfalls angenommen. Den Geschäftsführer durch die Generalversammlung zu wählen, wird abgelehnt. Ein Antrag, daß sämmtliche Bevollmächtigte die statistischen Berichte halbjährlich und zwar am 1. Januar und 1. Juli jeden Jahres einzusenden haben, um sofort durch die Controlcommission zusammengestellt und veröffentlicht zu werden, sowie die dazu nötigen Formulare durch den Ausschuss anfertigen zu lassen, wird angenommen. Der Antrag, die Beiträge zur Gewerkschaft auf die Hälfte zu reduciren und für die andere Hälfte eine Frauen-Sterbelasse zu errichten, wird abgelehnt. Ebenso der Antrag, die Generalversammlung nur alle 2 Jahre abzuhalten. Ein die Agitation betreffender Antrag, lautend: „Der Ausschuss möge sich mit dazu geeigneten Persönlichkeiten in Verbindung setzen, um die Agitation ohne großen Kostenaufwand thätig zu betreiben zu können,“ wird angenommen, und sollen die Kollegen, welche sich zur Agitation eignen und gewillt sind, nach Orten überzusiedeln, wo derartige Kräfte fehlen, event. eine Entschädigung dafür erhalten. Ein Antrag, die Rassen- und Geschäftsbücher des Ausschusses abzuändern, wird abgelehnt, da die bisherigen vollständig klar und übersichtlich eingerichtet sind. Nachdem noch alle übrigen Anträge abgelehnt, wird die Sitzung Abends halb 9 Uhr geschlossen.

Dienstag, früh 7 Uhr, wird die Sitzung durch Wendt eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt auch heute wie an dem vorhergehenden Tage die Anwesenheit aller Delegirten. Die Commission, welche die Bayerischer Streitangelegenheit zu prüfen hatte, erklärt, Alles in Richtigkeit befunden zu haben, nur sind 4 Thlr., als Vorkauf an Strikende gezahlt, noch nicht eingegangen. Sollten wider Erwarten dieselben nicht zurückgezahlt werden, so haben die Bayerischer Mitglieder solidarisch dafür zu haften. Hierauf wird Chemnitz als Vorort und Gießen als Sitz der Controlcommission für das nächste Verwaltungsjahr gewählt. Der Antrag eines Giesener Mitgliedes: „Jedes Jahr zur Generalversammlung muß ein Mitglied der Controlcommission erscheinen. Die dadurch entstehenden Kosten sind, falls derselbe nicht gleichzeitig die Mitgliedschaft vertritt, aus der Hauptkasse zu decken, andernfalls trägt die Mitgliedschaft die Hälfte und die andere Hälfte die Hauptkasse,“ wird angenommen. Hierauf wird die Generaldiskussion über die eingegangenen Anträge, den Kranken-Unterstützungsbund betreffend, eröffnet. Nach langer eingehender Debatte, an welcher sich gleichfalls alle Delegirten rege beteiligten und ihre gesammelten Erfahrungen mittheilten, wird der Schritt der Nürnberger Mitgliedschaft, sich eigene, von den amtlichen abweichende, sehr mangelhafte Krankenscheine angeschafft zu haben, getadelt und derselben aufgegeben, sich der amtlichen Krankenscheine in Zukunft zu bedienen. Es wird nun zur Spezialdiskussion der einzelnen Anträge geschritten. Es wird angenommen, am Schluß des § 1 hinzuzufügen: „des Kranken-Unterstützungsbundes.“ Im § 2 statt: „werden“ zu setzen: „sein.“ § 9 erhält folgende Fassung: Jedes Mitglied erhält, wenn dasselbe mindestens 13 Wochen dem Kranken-Unterstützungsbund angehört und seine Steuern richtig bezahlt hat, im Erkrankungsfall für die Dauer einer 2wöchigen Mitgliedschaft pro Woche 2 Thlr., von da ab bis zum Aufhören der Kranken-

unterstützung 4 Thlr. pro Woche. Diejenigen jedoch, welche mindestens 26 Wochen Mitglied sind und keine Steuer restituiren, erhalten im Erkrankungsfall sofort das volle Krankengeld von 4 Thlr. pro Woche. Unter 5 Tagen wird Krankenunterstützung nicht gewährt. Die Beiträge sind während der Krankheit fort zu zahlen. Bis zur nächsten Generalversammlung wird die Krankenunterstützung nur für 26 Wochen gewährt; am Schluß des § 11 hinzuzufügen: „oder falsche Angaben bei Aufnahme in den Kranken-Unterstützungsbund gemacht haben.“ Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge wird durch Annahme nachstehenden Gegenantrags beseitigt: „Die Generalversammlung erachtet die Erhöhung der Beiträge als z. B. nicht berechtigt, beauftragt jedoch den Ausschuss, falls eine Erhöhung unbedingt notwendig wäre, sofort darüber eine Urabstimmung der Mitglieder zu veranlassen. Schluß der Sitzung Nachm. 1 Uhr.

Die Schlußsitzung wird Nachmittags 2 Uhr durch Wendt eröffnet. Ein Antrag, der Ausschuss möge Formulare zur Ansetzung der nötigen Bücher anfertigen lassen und an alle Mitgliedschaften senden, wird angenommen. Ein anderer Antrag, die Geschäftsordnung der Holzarbeitergewerkschaft beim Kranken-Unterstützungsbund einzuführen, wird abgelehnt, jedoch nachstehender Zusatzantrag zur Geschäftsordnung angenommen: § 13. Die betreffenden Krankencontrolleure (§ 17 des Kranken-Unterstützungsbundes) haben die Verpflichtung, auf dem vom Arzt attestirten Krankenschein durch ihre Unterschrift zu beglaubigen, daß sie den Kranken in der auf dem Krankenschein bemerkten Zeit zu Hause und nicht arbeitend angetroffen haben. Nur auf Grund eines solchen Krankenscheins zählt der Districtsführer das Krankengeld und zieht von demselben die wöchentliche Steuer ab. Der als Beleg dienende, dem Ausschuss einzuzulegende Krankenschein muß außerdem vom Bevollmächtigten und Kassirer unterzeichnet sein.“ Alle andern Anträge, als: Sterbelasse für Frauen, Aufnahme in den Kranken-Unterstützungsbund bis zum 42. Jahre u. s. w. wurden abgelehnt. Ueberhaupt machte sich die Ueberzeugung geltend, daß man alles Experimentiren mit der Krankencasse vermeiden und namentlich streng darauf sehen müsse, daß nicht unlaute Elemente dieselbe zu ihrem Vortheil ausbeuten, was nur durch äußerste strenge Controlle vermieden werden kann. Einige Delegirte, welche größere Krankencassen schon verwaltet haben, machten interessante Mittheilungen über vorgekommene Schwindelacten, welche die Nothwendigkeit einer strengen und gerechten Controlle für das Bestehen jeder Krankencasse bewiesen. Es folgt hierauf eine kurze Discussion über das Contrabuchgesetz, welche ihren Abschluß durch Annahme folgender Resolution findet: „Die Generalversammlung beauftragt den Geschäftsführer des Ausschusses, einen Protest gegen das Contrabuchgesetz auszuarbeiten und an alle Mitgliedschaften zu versenden. Sobald der Arbeitgeberbund mit Petitionen an den Reichstag bezüglich Einführung obigen Gesetzes herantritt, haben sämmtliche Mitgliedschaften öffentliche Schneiderverfassungen einzuberufen, denselben den Protest zur Annahme zu empfehlen und nach erfolgter Annahme dem Reichstag zur Kenntnisaufnahme einzuschicken. Die Generalversammlung verheißt sich jedoch nicht, daß dieser Protest nur eine moralische Wirkung haben wird.“

Ebenso findet die Debatte über den Normalarbeitstag durch nachstehende angenommene Resolution ihre Erledigung: „Die Einführung des Normalarbeitstages ist eine dringende Nothwendigkeit; sie ist jedoch nur dann möglich, wenn alle Kollegen in Werkstätten arbeiten. Es ist daher von den Bevollmächtigten nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß sich die Kollegen über die Wichtigkeit der Werkstattarbeit als erste Vorbedingung des Normalarbeitstages aufklären, um bis zur nächsten Generalversammlung zu einem zufriedenstellenden Resultat gelangen zu können.“ Nachdem noch die qu. Commission Bericht über die Thätigkeit des Geschäftsführers erstattet hat, werden demselben 25 Thlr. aus der Gewerkschafts- und 5 Thlr. aus der Krankencasse als Remuneration bewilligt, ebenso dem Hauptkassirer 5 Thlr. und dem Gewerkschaftsorgan 8 Thlr. Hiermit ist die Aufgabe der Generalversammlung erledigt. Nachdem Wendt den Delegirten für die ihm bewiesene Unterstützung bei Ausübung seines Amtes sowohl als auch wegen ihrer Ausdauer bei Beratung der eingebrachten Anträge seinen Dank ausgesprochen, schließt derselbe die diesjährige Generalversammlung Abends 7 Uhr mit einem Hoch auf die Organisation.

Im Auftrage der Generalversammlung. Mit Brudergruß und Handschlag A. Reimann, Alte Jacobstr. 6.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Alle Bevollmächtigten, welche noch keine Abrechnungsformulare liegen haben, werden um deren sofortige Einsendung pr. Streifenband ersucht. Da das Protokoll des Magdeburger Congresses zu dem billigen Preis von 1/2 Sgr. pro Exemplar für die Mitglieder in größeren Partien und gegen baar versandt wird, so werden die Bevollmächtigten aufgefordert, den Betrag für die gewünschte Anzahl von Exemplaren bei der Bestellung mit einzulieben. Allen Bevollmächtigten ist ein Exemplar zugesandt worden. Einzelne Exemplare kosten bei Franco-Zusendung 1 Sgr. Bestellungen sind zu richten an Th. Nord, 1. Borfegen 13 in Hamburg.

Correspondenzen.

Kleinschöcher, 22. Aug. In der 4. Beilage des „Leipziger Tageblatts“ Nr. 234 ist von dem Siege des Bürgervereins bei der Kirchenvorstandswahl und davon gesprochen worden, daß die Gründe eines gegen die Gültigkeit der Wahl eingelegten Protestes hinlänglicher Art seien. Da die Mitglieder des hiesigen Gemeindevereins auch bei der Wahl eines Kirchenvorstands sich die Aufgabe gestellt haben, für das Wohl der Gemeinde zu handeln, so hielten sich die, sich selbst so nennenden, „angesehenen“ und als „Bürgerverein“ zusammengetretenen Bewohner des Orts für berechtigt, solchen freiherrlichen Bestrebungen entgegen zu treten und sie in ihren „Sonderinteressen“ zu bekämpfen. Der Hr. Pastor des Orts, als Kirchenvorstand, hat nämlich bei der am 16. v. M. vorgenommenen Kirchenvorstandswahl die Vorschriften des § 8 und 11 des Gesetzes vom 30. März 1868 insofern unbeachtet gelassen und verlegt, als derselbe Männer abstimmen und zum Ausfall der Wahl mitzählen ließ, welche weder Hausväter noch selbstständig sind, noch einen eigenen Herd haben. Das ist der Grund des Protestes. Dies zur Berichtigung der oben erwähnten einseitigen Mittheilung des „Tageblatts“.

Nürnberg, 20. Aug. In ihrem Vorgehen gegen die Sozialdemokraten scheinen die Behörden geradezu den Verstand verloren zu haben. So wurde in Schoppershof ein Fest, das als „allgemeines Arbeiterfest“ bei der Polizeibehörde angezeigt war, verboten. Das vom Bürgermeister genannten Orts erlassene Verbot lautet wie folgt:

„Nachdem vom königl. Bezirksamt der Beschluß der Auflösung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfolgt ist, so ist unter ausdrücklichen Befehl des kgl. Bezirksamts der unterzeichnete Bürgermeister strengstens beauftragt, dafür zu sorgen, daß obgenannte

Arbeiterpartei keine weitere Thätigkeit, welcher Art sie immer sei (!) an den Tag lege. In Folge dessen kann benanntes Fest nicht abgehalten werden.“

Darnach darf ein „aufgelöster“ Sozialdemokrat auch nicht mehr arbeiten. Denn daß Arbeit eine „Thätigkeit“ ist, wird der Bürgermeister von Schoppershof doch wohl zugeben, wenn ihm auch diese der „Art Thätigkeit“ fremd sein mag.

An sämmtliche Kürschnergehilfen Deutschlands.

Durch das Vorgehen der Meister von Leipzig und Umgegend sind die hiesigen Gehilfen veranlaßt worden, einen Verband zu gründen, welcher nicht bloß für Leipzig und Umgegend, sondern auch für ganz Deutschland gelten soll. Dieser Verband der Kürschnergehilfen, zunächst für Leipzig und Umgegend bestimmt, ist Sonntag, den 16. d. M. August unter großer Theilnahme der Gehilfen ins Leben getreten. Es warben folgende Collegen in den Vorstand gewählt: Friedrich Dertelt, 1. Vorsitzender; Friedr. Lehmann, 2. Vorsitzender; Hermann Walther, Kassirer; Fretsch, Barthel, Boigtmann und Noa als Beisitzer.

Collegen allerorts! Es ist nun an Euch, ein Gleiches zu thun. Wir werden Jedem mit Rath und That beistehen, und unsere Statuten zc. zur Ansicht gern einschicken. Eine Verbindung unter den Kürschnergehilfen Deutschlands muß hergestellt werden; wir haben den Anstoß gegeben, Eure Aufgabe ist es nun, den Anschluß zu bewerkstelligen. Alle hierauf bezüglichen Anfragen zc. sind stets zu richten an den Vorsitzenden des Verbandes Friedrich Dertelt, Leipzig, Förgingstraße 8.

Sämmtliche Kürschnergehilfen von Leipzig und Umgegend. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Fond für Gemafregelle.

Son. C. durch 2. hier 2 Thlr. Gef. beim Arbeiterfest in Burgstädt 2 Thlr. 7.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilsscheine bez. Antheilquittungen ertheilen ferner: In Bügelfeld Nr. 5 Thlr., in Leipzig Nr. 303. B. 60 Thlr.

Briefkasten

Quittung.

der Expedition. B. H. Hübel Diefeldt Sgr. 3 Thlr. 16. 5. Töpferverein Hamburg Ann. 12 gr. F. Wpf. Hannover Ann. 23 gr. J. Enders Augsburg Ann. 1 Thlr. 3. Arbeiterbildungsverein hier Sgr. 3 Thlr. 24. Predt hier Sgr. 17 gr. 5. S. Sgr. Sittlich N. 2. An. 1 Thlr. 15. W. Wendt Jäh Sgr. 3 Thlr. Mär. St. Rhein Sgr. 12 gr. J. C. Augsburg Sgr. 2 Thlr. 18. 6. C. Hm. Markt Sgr. 1 Thlr. 3. Df. Scheibe N. 3. An. 2 Thlr. 8. A. Lemm Berlin Sgr. 7 Thlr. G. Hf. Burgstädt Ann. 20 gr.

Bremen

Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Mittwoch, den 2. Sept., Abends 8 Uhr: Partei-Versammlung bei Gödel, Balgebrunnstraße Nr. 18. — L. O.: 1) Vortrag von G. Siefert. 2) Sozial-pol. Wochenbericht. Ref.: C. Kühn. 3) Die Genossenschaftsbuchdruckerei. 4) Verschiedenes u. Fragelasten. Sämmtliche Parteigenossen werden zur regen Agitation für diese Versammlung, sowie zum pünktlichen Erscheinen dringend aufgefordert. Nur Mitglieder und durch dieselben eingeführte Gäste haben Zutritt. (Friedr. Klaffenborg, Vertrauensmann.) [9]

Berlin

Montag, den 31. August, Abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Arbeiterversammlung bei Carus, Prinzenstr. 72.

Vortrag des H. Heyland: Die Bewegung der Weber in Lyon 1831. Um zahlreiche Theilnahme bittet A. Diesel. [4]

Berlin

Dienstag, den 1. Sept.: Öffentliche Arbeiterversammlung im königlichen Casino, gr. Frankfurterstr. 77. Vortrag des Herrn Adam Eberhan. [3]

Berlin

Dienstag, den 1. Sept., Abends 8 Uhr: Geschlossener Mitgliederversammlung des Allgemeinen Böttcher- (Küper-) Vereins im Heilschen Lokal, Landbergerstr. 15. — L. O.: Wahl eines Revisoren für den Central- und Lokal-Verein. Beschließenes. NB. Diese Versammlungen finden regelmäßig jeden Dienstag statt. Der Bevollmächtigte. [6]

Cöln

Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Mittwoch, den 2. Sept., Abends 8 1/2 Uhr: Partei-Versammlung, Eigheim 25. — L. O.: 1) Sozial-politische Rundschau. Ref.: Herr Kittinghausen. 2) Abstimmung über den Paragraph 16. Es bittet die Parteigenossen vollständig am Plage zu sein. Der Vertrauensmann. [6]

Hannover

Metallarbeiter-Gewerkschaft. Montag, den 31. August, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Bartling, Knochenhauerstraße 59: Versammlung der Mitglieder. Die Karten zum Ball werden ausgegeben. Der Bevollm. [5]

Leipzig

Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Montag, den 31. August, Abends 8 Uhr: Versammlung im goldenen Arm, Restauration von Jacob, Petersstraße Nr. 15 im Hofe rechts. — Jedermann willkommen. D. B. [4]

Provinz Hannover.

Montag, den 7. September 1874: Konferenz betr. Agitation in der Provinz Hannover und der angrenzenden Bezirke zu Hildesheim, im „Gasthaus zum goldenen Löwen.“ — Die Partei- und Gewerkschaften obigen Districts werden dringend ersucht, dieselbe zu beschicken. — Abends findet große Volksversammlung statt.

NB. Die Delegirten haben sich bei ihrer Ankunft beim Schneidemeister Herrn Hampe, 1. Rosenbüngen zu melden, und bis frühestens Mittags einzutreffen. Für das Agitationscomité der Provinz Hannover A. Pefsch. [11]

Nachruf.

Unserem Partei- und Gewerkschaften Richard Wolf sagen wir bei seinem Abgange von Chemnitz ein herzliches Lebewohl mit dem Bemerkten, daß derselbe unsere volle Anerkennung und Sympathie besitzt, und wünschen, daß er auch fernerhin, trotz etwaiger Angriffe, seine Thätigkeit für die Sozialdemokratie fortsetzen möge wie bisher.

Mit sozialdemokratischem Gruß Die Vertrauensmänner der vereinigten Gewerkschaften und Parteigenossen zu Chemnitz. [25]

Soeben ist erschienen und durch die Expedition des „Volksstaat“ zu beziehen:

Zur Gedächtnisfeier.

Sozial-politische Aphorismen. Preis pro Stück 1 Gr., 12 Stk. 1/2 Thlr., 25 Stk. 17/2 Gr., 50 Stk. 1 Thlr., 100 Stk. 1 1/2 Thlr. Der gesammte Ertrag wird dem Fond für politische Gemafregelle übermiesen.

Zum Volksstaatkalender 1875.

Wir beabsichtigen in unsern Kalender für 1875, der in einer Auflage von zehntausend Exemplaren erscheint, auf dem Anschlag und wenn nöthig separat in einigen Blättern solche Annoncen aufzunehmen, welche mit unseren Parteizwecken nicht im Widerspruch stehen und bringen dies zur Kenntniss der Interessenten. Bis längstens Mitte September müssen Annoncen in unserer Hand sein. Für die Zeitzeile oder deren Raum berechnen wir 5 Ngr. Gesundheitsreclamen werden nicht aufgenommen. Leipzig. Die Buchhandlung des „Volksstaat.“ [6a]

Leipzig: Berann. Redaction: R. Pfeiffer. (Redaktion und Expedition Jägerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.